

II. 4 Die Welt der Nachwuchsbetreuung

Eine durchgängige Sichtweise hinsichtlich der **Schulen (Pkt. II. 4 a)** ist, dass diese Einrichtungen zuallerletzt geschlossen und als allererste geöffnet werden sollen. Es ist zu erklären, womit man es der Sache nach zu tun hat und welche ideologischen Äußerungen es dazu gibt.

— *Der Staat betrachtet die Folgen von Schulschließungen einerseits nicht als unbedingt existenziell für den Fortgang des marktwirtschaftlichen Lebens, andererseits kommt es ihm doch sehr auf die Schule an. Daher verfügt er eine Art Ersatzbetrieb, wofür er die Familie in Anspruch nimmt: Homeschooling. Dabei tun sich in den Familien Schranken sowohl materieller als auch geistiger Art auf. Es fehlt an den notwendigen digitalen Medien und auch an Platz zuhause. Die Eltern sind zudem nicht in der Lage, die Lehrer zu ersetzen. Auch die verlangte Disziplin und Konzentrationsfähigkeit wird zuhause nicht vermittelt.*

Die Schranken, auf die der Staat bei seinen Regelungen in der Sphäre der Schule stößt, kommen im Artikel nur zur Sprache um herauszustellen, welche wesentliche Funktion die Schule für den Staat hat. Anhand der von Corona betroffenen Sphären – Freizeit, Konsum, Arbeit, Schule – soll hier aufgezeigt werden, *was* die Corona-Krise über die Welt, in der wir leben, *offenbart*.

Daran, dass der Staat den Schulunterricht nicht einfach ersatzlos streicht, merkt man, dass es ihm sehr darauf ankommt, dass eine Ausbildung für seine Jugend weiter stattfindet. Die Eltern werden ersatzweise mit der Wissensvermittlung ihrer Kinder betraut. Die Tatsache, dass die Eltern sehr schnell an ihre eigenen Wissensgrenzen stoßen, zeigt, dass es in dieser Gesellschaft nur sehr bedingt auf Wissen ankommt. Das, worauf es dem Staat ankommt – einerseits sachliche Kenntnisse zu vermitteln und andererseits auf Charakterbildung bezüglich sozialer Kompetenzen wie Disziplin, Konzentrations- und Anpassungsfähigkeit –, ist in der Familie nicht zu haben. Das ist eine Auskunft über die Gesellschaft, in der die Ausbildung der Jugend vom Staat als getrennte Institution eingerichtet ist.

— *Auf S. 102 steht, dass „die sozialen Schranken dem schulischen Ideal der Chancengleichheit zuwiderlaufen“. Von welchem Standpunkt aus wird das beim Homeschooling zum Problem?*

Bemängelt wird, dass das *Ideal* der Chancengleichheit nicht mehr gewährleistet ist, wenn die Ausbildung in der Familie stattfindet. Da wird ersichtlich, dass die Bedingungen, unter denen sich die Kinder zuhause ihrer Ausbildung widmen können, durch die Armut der Familien sehr begrenzt sind. Die mangelhafte Förderung durch die Eltern erklärt sich sowohl aus deren eigener Bildungssituation als auch aus deren materiellen Nöten und ist eine Auskunft über die Gesellschaft. Festzuhalten ist zudem, worauf es dem Staat hier ankommt. Er legt Wert auf Vermittlung von Wissen zum Zweck der Leistungskonkurrenz. Dafür hat der Staat die Schule als den Ort eingerichtet, an dem den Schülern das Konkurrieren zur Selbstverständlichkeit gemacht wird, genauso wie die Disziplin, die sie aufbringen müssen, den Anforderungen zu genügen, die ihnen vorgesetzt werden. In der Schule wird Lernen als Leistungskonkurrenz betrieben, um die heranwachsenden Schüler zu Konkurrenzindividuen auszubilden.

Aufgrund ihrer Beschaffenheit kann die Familie als verordneter Ersatzbetrieb für die Schule nicht leisten, was sie ersetzen soll: einen Lernraum mit dem entsprechend notwendigen Equipment, eine ausreichende und disziplinierte Wissensvermittlung und darüber hinaus einen Raum, in dem das Lernziel, sich beim Lernen mit anderen zu vergleichen und sich gegen andere durchzusetzen, erreicht werden kann. Der staatliche Zweck seines Ausbildungswesens, die Sortierung, ist nicht der Zweck der Familie.

— *Aus den Stellungnahmen von Schülern, Eltern und Lehrern, die das Ausstellen eines Coro-*

na-Zeugnisses entweder als ein „Immerhin“ begrüßen oder dem Zeugnis einen Makel attestieren, ist ersichtlich, wie sehr diese verinnerlicht haben, worauf es beim Lernen in der Schule ankommt, nämlich auf den Vergleich mit anderen.

Dass die Betroffenen einfach den Standpunkt der Konkurrenz verinnerlicht haben, ist aber keine zutreffende Kennzeichnung. Es ist ja gar nicht so, dass wegen Corona keine ordnungsgemäße Sortierung mit unterschiedlichen Abschlusszeugnissen mehr stattfindet. In der Klage über ein „minderwertiges Corona-Zeugnis“ – die betroffenen Schüler sind besorgt, ihre geringeren schulischen Qualifikation würden ihr Abschlusszeugnis disqualifizieren und sich negativ auf ihr berufliches Fortkommen auswirken – wird die eigentliche Leistung der Schule völlig durchgestrichen. Mit dem Verteilen von Abschlusszeugnissen wird auch dieser Corona-Jahrgang mit einer Eintrittskarte für die weitergehende schulische oder berufliche Konkurrenz versorgt, was ja gerade die Leistung der Schule ist. Diese Sortierungsfunktion findet also weiterhin statt. Ein anderer Punkt ist, dass es ja andere Subjekte sind, die diese (vor-)sortierte Generation dann gemäß ihren Ansprüchen beurteilen.

— Diese Sorge zeugt von der Bildungslüge, dass ein entsprechender Abschluss es ermögliche, das gelernte Wissen als Erfolgsmittel in der Konkurrenz um die besseren Jobs einzusetzen. Mangelndes Schulwissen ist bestimmt nicht das Entscheidungskriterium für denjenigen, der die Absolventen einstellt. Die in der Schule erworbene soziale Kompetenz, sich in der Konkurrenz durchzusetzen, ist da allemal ausreichend. Im Abschlusszeugnis ist ja auch die Quelle dieser Note getilgt. Sowohl die Sorte von Abschlusszeugnis als auch die Noten zeigen an, zu welchem Zugang in die verschiedenen Abteilungen der Konkurrenz der Klassengesellschaft der Absolvent berechtigt ist.

Ein Zeugnis dokumentiert in der Tat zum einen nicht die Fähigkeiten und Kenntnisse, die sich ein Schüler erworben hat. Ein Zeugnis ist ein Dokument dessen, dass der Schüler sich während seiner Schulkarriere vergleichsweise besser mit den Anforderungen der Schule auseinandergesetzt hat als seine Mitschüler und sich darüber für eine weiterführende Ausbildung bzw. für die entsprechenden Berufe qualifiziert hat. Zum anderen ist es eine falsche Sicht auf die Dinge zu glauben, Zeugnisse seien mehr als eine notwendige Voraussetzung für den möglichen Zugang zu bestimmten Berufen. Es kommt schon immer darauf an, ob sich jemand findet, der den Anwärter ausgehend vom Zeugnis für geeignet hält, ihn im eigenen Unternehmen zu beschäftigen. In der Klage, einer verlorenen Corona-Generation anzugehören, wird also so getan, als wäre dem Zeugnis der eigene Wissensstand anzusehen und als könne ein möglicher beruflicher Erfolg verbaut sein, weil dieses Corona-Zeugnis nicht als Voraussetzung für einen bestimmten Beruf geeignet wäre bzw. diesen nicht garantieren würde. Da wird eine Gleichsetzung von schulischem mit beruflichem Erfolg gemacht, die falsch ist.

In dem Zitat vom Ifo-Institut auf S. 103 werden ausgefallene Schulstunden unmittelbar identifiziert mit einem bestimmten Eurobetrag an Lebenseinkommen. Da wird so getan, als ob die in der Schule gelernte Menge Wissen unmittelbar proportional wäre zum späteren Einkommen; Wissen wird als Mittel für Geschäftserfolg aufgefasst. Daraus folgt der Umkehrschluss: Wenn weniger gelernt wird, wird weniger verdient. Von dem Ausgangspunkt des individuellen Nachteils in der Konkurrenz landet das Ifo-Zitat zielstrebig bei dem, worauf es ihm eigentlich ankommt, nämlich bei dem von ihm hinkonstruierten Schaden für das nationale Wachstum als Folge verlorener Bildung und damit geschmälertem Einkommen.

— Nebenbei ist das eine Klarstellung darüber, was Bildung hierzulande ist und welchen Stellenwert sie hat: Sie ist ein Faktor für Wachstum und ansonsten zählt sie nicht.

Das Expertentum des Bildungsökonom an dem Institut besteht darin, überall Faktoren für das Wachstum herauszuarbeiten, die er sich einbildet. Der Zusammenschluss, dass das Wachstum in Deutschland um einige Prozentpunkte zurückgeht, wenn Schule nur zu zwei Drittel oder zur Hälfte stattfindet, ist pure Fiktion. Da wird Bildung als Bedingung fürs Einkommen gleichgesetzt mit Beitrag zum Bruttosozialprodukt (Wachstum, Wertschöpfung) und fiktiv zurückge-

rechnet: weniger Bildung = weniger Wachstum. Welche Leistung Bildung für den Kapitalismus hat, ist dagegen im Artikel spezifischer bestimmt.

*

— **Im Punkt II. 4 b** geht es darum, dass die Schließung von **Kindergärten und Ganztags-schulen** eine Zumutung für die Familie ist, weil die Kinder zuhause bleiben müssen. Da entdeckt man den Widerspruch, dass Familie einerseits der Hort von Privatheit und Glück ist, für das man arbeitet. Andererseits werden die Kinder außerhalb verwahrt, weil sich die Eltern als Doppelverdiener nicht um die Kinder kümmern können.

— Dass die Eltern ihre Kinder in die Kita oder in die Schule schicken, ist kein Widerspruch, sondern die Funktionalität einer Familie, in der zwei Leute arbeiten. Sobald diese staatlichen Institutionen zumachen oder nur noch beschränkt geöffnet sind, sieht man, wie prekär diese funktionale Konstruktion des Familienlebens als die Form der Organisation des Arbeiterlebens für seine Tauglichkeit im Dienst des Kapitals ist. Sobald so eine Einschränkung kommt, kracht die fragile Konstruktion zusammen.

— Der Abschnitt steht dafür, mit welchen Notwendigkeiten sich die Familie herumschlägt, und was sie alles leisten muss, um ein Arbeitsleben, die Kindererziehung und ein Familienleben auf die Beine zu stellen. Diese Nöte der Familie, die zur bürgerlichen Familie dazugehören, explodieren, wenn es zu einem Lockdown kommt.

Von der Familie ist ein eher idyllisches Bild in der Welt. Sie gilt als die Sphäre des Glücks und der privaten Entfaltungsmöglichkeiten. Tatsächlich ist diese Sphäre dadurch bestimmt, dass beide Elternteile in die Arbeit gehen müssen, damit das Geld für das Zurechtkommen ausreicht. In der verbleibenden Zeit müssen die Notwendigkeiten des Alltagslebens geregelt werden. Das heißt sich mit der Betreuung der Kinder. Selbst die Funktionen, die der Familie früher einmal zugeschrieben wurden, sind nicht mehr gegeben. Das zeigt sich an der Pandemie. Weder werden die Kinder beaufsichtigt noch werden sie richtig ernährt oder angehalten zu spielen und sich körperlich zu betätigen. All das leistet die Familie angesichts dessen, wie die Leute in der Arbeitswelt hergenommen werden und wozu sie jetzt da sind, nicht mehr und das offenbart sich, wenn sich in Corona-Zeiten die Eltern um die Kinder kümmern müssen, weil die Ersatzinstitutionen nicht parat stehen. Wenn dann Eltern und Kinder zuhause sind und alles Mögliche zu erledigen ist, wird das auch noch eine ziemlich friktionsträchtige Angelegenheit, weil sie in beengten Wohnverhältnissen stattfinden muss.

II. 5 Die Welt der medizinischen Volksfürsorge

Man könnte meinen, dass es in Zeiten der Pandemie gut um das Gesundheitswesen bestellt ist, weil der Staat viel Wert auf die Gesundheit der Leute legt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Kliniken schreiben rote Zahlen, Nicht-Corona-Patienten werden nicht und unzureichend versorgt.

— *Der Staat greift im Zuge der Pandemie planerisch ein und unterbindet mit seinen Vorgaben das über Fallpauschalen abgerechnete Geschäft der Krankenhäuser.*

Kritik am Zustand des Gesundheitswesens war bereits vor der Pandemie verbreitet. Hier wird darauf hingewiesen, dass diese Verhältnisse ganz grundsätzlich in der Verknüpfung von Volksgesundheit und Geschäft begründet sind. Diese Verknüpfung ist so gewollt und an der wird auch nicht gerüttelt. Wenn der Staat jetzt den Ärzten das Impfen, das Testen und die Behandlung von Corona-Patienten besser vergütet, dann reagiert er darauf, will die Finanzierungslücken überbrücken, damit es dann anschließend wieder so weitergehen kann, wie es bisher war.

— *Momentan gibt es einerseits zu viele Patienten, die mit Covid 19 Intensiv-Betten zu lange blockieren, und andererseits zu wenig Patienten, die im ordentlichen Geschäftsmodell der Krankenhäuser eingeplant waren und an denen man jetzt nicht verdienen kann.*

Das ist ja gerade der Verweis darauf, dass es gar nicht um eine sachliche Frage geht, wie viel Personal, Material und Einrichtungen notwendig sind, um eine bestimmte Anzahl von Patienten

zu behandeln, sondern dass das „zu viel“ auf der einen und das „zu wenig“ auf der anderen Seite sich dem verdankt, dass die Patienten Mittel für Kliniken sind, mit ihnen Geld zu verdienen.

III. Recht und Freiheit in der Seuchenpolitik

— *Wie ist die Überschrift in Abs. III. 1 „Facetten sachlicher Kritik“ zu verstehen? Die Parteien- und Landespolitiker machen bei „Corona“ das, was sie immer tun: Sie setzen sich in Szene, erheben Anspruch auf die Macht und werfen der Regierung vor, sie würde planlos handeln. Die Kritik ist keine inhaltliche zur Strategie gegen Corona, sie klagt souveränes Durchsetzen ein. Was ist daran sachlich?*

„Sachliche Kritik“ ist eine Tautologie: Kritik kann man nur an der Sache üben, die man sich vornimmt und dann auch nur gemäß dieser Sache. So etwas gibt es in der Demokratie nicht. Hier werden Gesichtspunkte an die Sache herangetragen, von denen aus kritisiert wird.

— *Die Überschrift kündigt an, dass es jetzt nicht um den Privatmenschen mit seinem Geschimpfe geht, sondern darum, wie sich die politische Elite der Sache widmet.*

— *Politische Eliten sind diejenigen, die das Meinungsbild der Privatmenschen initialisieren. Insofern hört man aus der Öffentlichkeit wie aus der Parteienkonkurrenz wie auch von allen privaten Corona-Experten sehr ähnlich lautende Vorwürfe an die Politik.*

Das entscheidende Argument ist, dass es zwar jede Menge Unzufriedenheit gibt, aber die Allerersten, die unzufrieden sind, sind gar nicht die Bürger. Zuerst und vehement zu Wort melden sich konkurrierende Politiker unterschiedlicher Parteien. Das zweite Argument ist, dass mit dieser Kritik, die von oben herab laut wird, der Unzufriedenheit von unten ein Weg gewiesen und eine Perspektive eröffnet wird, welche Art von Kritik als angemessen und angebracht gilt.

— *Die „sachliche Kritik“ sieht in der Demokratie eben so aus, dass verlangt wird, dass eine Regierung die Nation souverän führt, und in diesem Fall die Pandemie souverän bewältigt.*

— *Zunächst geht es in diesem Kapitel um die Kritik an der Corona-Politik. Die lebt von dem Maßstab: Wenn richtig regiert werden würde, hätte man Corona besser im Griff. Im zweiten Absatz geht es darum, dass eine richtig gute Regierung vor allem glaubwürdig zu sein hat.*

Die sachliche Kritik, die da vorgebracht wird – nicht nur von den Politikern, sondern auch von Fachleuten – besteht darin, dass die Regierung Fehler gemacht hat. Es wird nicht über die Sache gesprochen, über die Gründe und die Kriterien der Regierung, sondern nur die allgemeine Forderung erhoben, dass eine Regierung doch eigentlich den Erfolg haben muss, den sie selber auch beansprucht. Sie wird für den Erfolg staatlicher Machtausübung zur Rechenschaft gezogen, ganz egal, ob das im Fall Corona der Sache nach überhaupt in den nächsten paar Wochen möglich ist. Der Beurteilungsgesichtspunkt der Kritik ist: Schafft sie erfolgreich, was sie sich vornimmt und was sie der Opposition und dem Bürger schuldig ist? Darauf beziehen sich Oppositionspolitiker mit dem Versprechen, mit ihnen würde es besser gehen.

— *Mit dieser Sorte Kritik ist jede Unzufriedenheit, die bei den Leuten aufkommt, selbstverständlich in den Zuständigkeitsbereich der Politik überführt. Die Sache, mit der man unzufrieden ist, wird in die Frage verwandelt: Betreibt die Politik ihr Geschäft effektiv, ist sie in der Pandemiebekämpfung erfolgreich?*

Das Eigentümliche an der Sorte Kritik – „besser einheitliche Regelungen“ oder doch „lieber differenzierte“; man hätte „früher“ oder doch besser „später“ agieren sollen; von der Bundesebene aus oder doch auf Länderebene – ist, dass sie sich an keinem Punkt zur Sache äußert, sondern rein *methodisch* anmahnt, dass es anders besser gemacht worden wäre. So äußern sich politische Konkurrenten um die Macht. Sie werfen sich wechselseitig Versagen vor, was immer den Gehalt hat, man selber könne das viel besser machen und hätte es natürlich auch besser gemacht. Mit dieser methodischen Kritik wird der *Standpunkt* in die Welt gesetzt, die Politik an ihrem Erfolg zu messen. Den unzufriedenen Bürgern wird das als ihre Perspektive angeboten: Es kommt darauf an, dass die Politik endlich mal handelt, alle hinter sich schart und Konsequenz zeigt.

Die aktuelle Debatte um die Änderung des Infektionsschutzgesetzes ist dafür ein gutes Beispiel: Der Maßstab, an dem die Politik gemessen wird, ist, ob sie *sich* konsequent *durchsetzt*, *durchregiert* und das auch noch möglichst schnell. Das baut auf die Fiktion, dass die Politik, wenn sie nur schnell und konsequent genug agiert, die Pandemie voll im Griff hätte. Das ist der „*Fetisch des Erfolgs staatlicher Machtausübung*“ (S. 107).

— Auf S. 107, Mitte, heißt es aber, dass die Politiker glaubhaft den Anschein vermitteln sollen, die Pandemie im Griff zu haben. Der Bürger soll ihnen vertrauen können, dass sie alles in ihrer Macht Stehende tun. Er hat ein zentrales Recht darauf, von guter Politik bedient zu werden und ein Recht auf klare Ansagen.

An dieser Stelle (S. 107, Mitte) sind das die Argumente der Opposition. Die will absichtlich und bewusst die Regierung schlecht machen und ihr Versagen nachweisen. Dagegen will sie ihre eigene Führungskraft anpreisen, also selber den Anschein erwecken, alles im Griff zu haben.

Der Artikel geht bei der Erläuterung der verschiedenen Arten von Kritik die verschiedenen Instanzen der demokratischen Meinungsbildung durch. Wie Kritik vorkommt, wie Unzufriedenheiten vereinnahmt werden, das ist Sache der *Profis der Politisierung* (S. 106): Die erste Instanz ist die der Mitregenten und Opposition, die nächste die der Öffentlichkeit und die dritte die der Regierung selber. Alle üben vom Standpunkt der jeweiligen Instanz aus Kritik. Die vierte Gewalt, die Öffentlichkeit, beurteilt das Hin und Her zwischen Opposition und Regierung und zwar mit inhaltlich genau denselben Erfolgskriterien. Anhand dessen, wie in diesen Institutionen jeweils Kritik geübt wird, kritisiert der Artikel diese Institutionen der Demokratie.

— Zur vierten Gewalt: Was mit dem „Standpunkt des schlecht gelaunten Rechtsbewusstseins“ ausgesagt (S. 107)? Ist damit gemeint, dass die Presse die Unzufriedenheit der in der Pandemie belasteten Bürger bedient und unterfüttert und man das beim Bürger wieder abrufen kann (Stichwort „Echokammer“)? Ist mit „schlecht gelaunt“ gemeint, dass die Unzufriedenheit des Bürgers so folgenlos ist? Denn der beugt sich ja allem, was als Recht gesetzt wird, und hält sich dazu die schlechte Laune.

— Es geht um die Politisierung der Unzufriedenheit. Die erste Abteilung ist die Konkurrenz um die Macht, wo die Regierung von der Opposition kritisiert wird. Die zweite Abteilung ist die Presse. Sie greift die Kritik der Opposition und die Unzufriedenheiten im Volk auf und macht das Ihre daraus. Und so wird man permanent beschallt. Das Politisieren merkt man an den Leuten: Die sagen wie ein Echo genau die Gedanken, die man in der Presse und von den Politikern täglich lesen und hören kann und sind damit weit weg von ihren Nöten mit dem Geld oder den Kindern. Die Frage ist doch, wie das geht, dass der Mensch, der materiell durchaus zu kämpfen hat, die aus allen Kanälen bekannten Argumente nacherzählt und die in dem Anspruch münden, gescheit regiert werden zu wollen.

— Darauf kommt man als Bürger, weil man dauernd von den konkurrierenden Politikern und der Presse zu dem „Fetisch des Erfolgs staatlicher Machtausübung“ (S. 107) angestachelt wird. Der Witz der Echokammer besteht nicht nur in der Wiederholung dessen, was ihnen vorgesagt wird, sondern darin, dass sie denken, einen Anspruch auf kompetente Regierung und Führung (in dieser Krise) zu haben. Die Unzufriedenheiten und materiellen Nöte der Leute kommen darin gar nicht mehr vor. Das ist gemeint, wenn es heißt, dass die Ergebnisse der Meinungsumfragen „in ihrer nackten Abstraktheit“ (S. 107) das Bewusstsein der Bürger „treffend fassen und bedienen“. Die Frage, ob sie mit dem Regieren zufrieden oder unzufrieden sind, bedient ihr Verlangen nach souveränem Staatshandeln, spielt sich also auf dieser höheren Abstraktionsstufe ab.

Die Beiträge haben das Allgemeine gefasst, was immer gilt, nämlich dass sich die Leute den Maßstab guten Regierens zu eigen machen sollen. Die heutige *Notsituation* dagegen, diese besonders umfassende Krise, verlangt – da sind sich alle einig – von vornherein, dass es ohne Wenn und Aber darauf ankommt, dass die Regierung konsequent, mit aller Härte, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und natürlich kompetent *durchregiert*. Das zeigt sich z.B. darin,

dass laut Meinungsumfragen die Mehrheit der Leute mit den derzeitigen Maßnahmen nicht nur einverstanden ist, sondern sogar für einen noch härteren Lockdown plädiert. In dieser Katastrophenlage fordern die Leute ihr Anrecht auf konsequentes Durchregieren von oben ein. Von diesem Standpunkt aus beurteilen sie die Politik und werden mit ihr unzufrieden. Das ist die Unzufriedenheit in ihrem *Rechtsbewusstsein*.

— *Dabei ist die private Unzufriedenheit mit allem möglichen nicht weg, sondern jeder hat in seiner individuellen Notlage einzusehen, dass die nur dadurch gelöst werden kann, dass die Politik durchregiert. Im Artikel steht, dass die Unzufriedenheit sogar noch angestachelt wird, um sie in diesem Sinne einzusortieren.*

Mit dem „schlecht gelaunt“ ist in der Tat gemeint, dass die Nöte der Leute, wie z.B. die Probleme des Gastgewerbes, aufgegriffen werden, aber nicht, um sich um deren Gründe zu kümmern, sondern um sie zu überführen in die Forderung nach guter Regierung. Darin fühlen sich die Leute auch in ihrer Unzufriedenheit aufgehoben. Was konkret anders gemacht werden soll, darüber sind sie sich sowieso nicht einig. Der eine will z.B. die Öffnung der Gastronomie flexibler gestalten, der andere will sie länger zulassen usw. Einig sind sie sich in der eigentlichen Frage und darauf kürzt die Öffentlichkeit alles zusammen: Wie zufrieden ist man mit dem Regiertwerden?

— *Das ist sehr abstrakt. Hat denn nicht doch das Gut-regiert-werden den Inhalt, dass die Pandemie bewältigt werden muss, also mal zu Ende geht?*

Ja natürlich geht es um die Bewältigung der *Pandemie*. Die Notlage ist ja der Ausgangspunkt, und die wird nur bewältigt, wenn konsequent durchregiert wird. So gehört das zusammen. Eingefordert wird, dass in dieser Notlage im Unterschied zu normalen Zeiten alles andere hintan zu stehen hat. Daran hat sich die Regierung jetzt zu bewähren. Das impliziert diesen Irrsinn, dass die Pandemie perspektivisch in den Griff zu kriegen wäre, wenn die Politik nur konsequent genug ihre korrekte Dosis von Gewalt anwenden würde. Als ob es an der mangelnden Konsequenz der Machtausübung läge, wenn sich die Leute an einem grassierenden Virus anstecken.

— *Die Kritik am Maßstab schlechten und guten Regierens gibt es ja doch zu allen Zeiten. Wie ist das mit der besonderen Notlage gemeint, hinter der alles andere hintan zu stehen hat, weil nur noch dieser Maßstab gilt?*

Gutes Regieren bekommt in dieser Notlage einen anderen Gehalt. Normalerweise wird in der Politik oder am Stammtisch z.B. um die Ausgestaltung des Sozialstaats gestritten, also das eigene Interesse in Alternativen des Regierens überführt. In der aktuellen Situation muss mit aller Konsequenz auf die Bewältigung der Notsituation hingearbeitet werden. Das macht die Absolutheit des Anspruchs an die Politik aus. Die Forderungen an die Regierung sind pur methodisch: „schnell, aber nicht überhastet; differenzierter, aber nicht zu kleinteilig; pauschal, aber angemessen für den Einzelfall“. Die Forderungen sind also gar nicht mit inhaltlichen Vorschlägen verknüpft, sondern werden an dem Maßstab „Erfolg in der Bewältigung der Notlage“ gemessen. Das ist der Fetisch, als ob die Notlage durch pures Durchregieren zu bewältigen wäre. Die Leute machen sich das zu eigen. Sie messen gerade in der Krisenlage die Politiker in Regierung und Opposition nur noch an dem einen Maßstab, inwieweit sie glaubwürdig den Eindruck vermitteln, dass sie mit allen Konsequenzen und in jeder Hinsicht das Notwendige tun.

*

— *Der nächste Punkt ist: Die Regierung erlaubt Kritik an ihrer Coronapolitik und die dürfen Kritiker auch demonstrierend äußern. Einige von denen pochen darauf, ohne Abstand und Maske ihre Bürgerrechte gegen den Staat geltend zu machen, und machen deutlich, dass sie sich keinen „Maulkorb“ verpassen lassen. Daraufhin stellt die Regierung als Lizenzgeber mit Geldbußen oder auch Haftstrafen klar, dass jede Lizenz auch wieder entzogen werden kann, also keineswegs einen bedingungslosen Freibrief darstellt. Da bringt der Rechtsstaat mit seiner Verunft die Gewalt in Anschlag.*

— *Noch bevor der Staat seine Gewalt ins Spiel bringt, schlägt er mit dem Instrument der*

„Ächtung“ zu. *Diese Querulanten gehören sich von vorneherein nicht. Als Indiz dafür wird vorgetragen, dass sich unter ihnen Rechtsradikale tummeln. Da ist der Staat mit Recht gefordert, solche Bestrebungen als verfassungsfeindlich einzustufen und letztendlich auch mit Gewalt zu beantworten.*

Die Frage ist *wie* der Staat Coronaleugner ins Unrecht setzt. Ihnen wird das Recht auf Kritik abgesprochen, weil an den Demonstrationen auch Rechtsradikale teilnehmen. Damit ist die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren Beschwerden erledigt. So wird ihre Kritik abgefertigt und diese Tour endet folgerichtig bei Gewalt.

Die sog. Querulanten bestehen darauf, dass ihnen ihre Freiheitsrechte erlauben, sich (ausgerechnet!) über die von der Regierung verordneten Hygienemaßnahmen hinwegsetzen zu *dürfen*. Da findet eine Verschiebung bei diesen Leuten statt: Wenn ihnen das verweigert wird, wird ihnen das *Recht* auf Meinungsfreiheit genommen, oder: „Man wird doch nochmal sagen dürfen, dass man das für eine unzulässige Einschränkung der Freiheit hält.“

— *Wenn die Demonstranten gegen die Hygienemaßnahmen sind, dann schreien sie „Maulkorb“, d.h. die Anordnung des Maskentragens verstehen sie als eine Beschneidung ihrer Freiheitsrechte. Wenn die Regierung sich bei ihren Vorschriften auf die Wissenschaft beruft, nehmen diese Demonstranten in den Vorschriften nur die Gewalt wahr und wollen nicht die wissenschaftlichen Argumente hören, mit denen die Politik ihre Vorschriften legitimiert. Das ist die Parallele zur Hoheit selbst. So passen oben und unten im demokratischen Dialog zusammen.*

Damit ist nochmal auf die Ebene verwiesen worden, auf der sich die Auseinandersetzung abspielt. Die Demonstrierenden beharren darauf, es frei sagen zu *dürfen*, dass die Maskenpflicht eine unzulässige Freiheitsberaubung sei und dass sie ihre Meinungsfreiheit ausüben, wenn sie dies äußern. Auf diese Verschiebung – das wird mal wohl sagen dürfen – reagiert die Regierung mit Ächtung des unerwünschten Standpunkts, der sich dadurch delegitimiert, dass Rechtsradikale mitmarschieren. Die Reaktion der Regierung ist nicht etwa, ihnen eine Lehrstunde abzuhalten über den wissenschaftlich belegten Nutzen der Maßnahmen, sondern ihre Beschwerde wird als missliebige Position, der man nicht argumentativ, sondern nur mit Ächtung begegnen kann, zurückgewiesen. Die Protestierenden halten ihrerseits diese Vorschriften, ebenfalls mit Verweis auf die Wissenschaft, für eine Vergewaltigung. Dabei berufen sie sich darauf, dass es sich um eine staatliche Anordnung handelt, die nicht aus der Sache, sondern mit der Gewalt des Staates begründet wird, und genau deshalb sind sie unter Absehung des Inhalts dagegen.

— *Damit sind sie nicht außerhalb des demokratischen Diskurses, sondern beziehen sich als Fußvolk einer legalen Opposition auf das Parteiprogramm der AfD, in dem steht, es sei wissenschaftlich nachgewiesen, dass das Tragen von Masken nicht das erwünschte Ergebnis bringe.*

Im 1. Abschnitt (S. 108) geht es nicht um die Legitimierung der staatlichen Verbote. Hier soll klargestellt werden, wie die Regierung mit Kritik umgeht: Kritik ist erlaubt, hat aber ihre Grenzen dort, wo die Regierung sie zieht. Das ist der Inhalt der Lizenz. Die Coronagegner reagieren auf der gleichen Ebene, wenn sie in den Verboten eine Beschränkung der Freiheitsrechte sehen. Daraufhin kontert die Regierung, dass es doch die Richtigen treffe, die mit dieser Rechtsordnung sowieso nichts gemein haben. Sie verweist darauf, dass eine Nichteinhaltung der Hygienevorschriften schädlich ist, diese also einzuhalten sind und sie mit ihrer Gewalt dafür sorgt, dass die Verbote im Volk akzeptiert werden. Es ist kein Streit um die *Sache*, sondern um das *Recht*. Die Regierung beruft sich darauf, dass sie in der Sache recht hat, weil sie das Recht setzt und durchsetzt. Der „Verstoß gegen die Einhaltung von Hygieneregeln“ ist die Begründung für ein Verbot der Demonstrationen. Erst im zweiten Punkt wird darauf eingegangen, wie rechtfertigt sich die Regierung mit der Berufung auf die Vernunft. Die Überlegungen, dass die AfD sich ebenfalls auf wissenschaftliche Aussagen beruft, wenn sie der Regierung Versagen vorwirft, gehören in diesen zweiten Punkt.

— *Die sogenannten Coronaleugner belassen es nicht dabei, dass die Maskenpflicht ihrem Freiheitsrecht widerspricht. Sie beschäftigen sich doch inhaltlich mit der Vorschrift und berufen*

sich ebenfalls auf die Wissenschaft, wenn sie sagen, dass das Tragen von Masken die Ansteckung nicht verhindert, und damit begründen, dass es ein Angriff auf die Freiheitsrechte ist.

Die Verschiebung besteht darin, dass sie den Inhalt verlassen und stattdessen die Regierung anklagen, dass sie die freie Meinung unterdrückt. Dass sie darüber hinaus auch noch argumentieren, kann man im Punkt 2 als Ergänzung aufnehmen. In Punkt 1 ist erst mal ihr Argument Thema, dass das staatliche Maskengebot ein Verstoß gegen die Demokratie und die Meinungsfreiheit sind.

— *Ihre Beschwerden tragen sie doch nicht in dieser abstrakten Form vor; sondern durchaus mit dem konkreten Inhalt. Sie haben eine andere Meinung zum Maskentragen, der sie nicht nachkommen dürfen. Sie müssen sich vielmehr der vom Staat angesagten Meinung unterordnen. Weil sie nicht entsprechend ihrer Meinung ohne Maske demonstrieren dürfen, sehen sie darin die Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Der Staat gewährt ihnen die freie Meinungsäußerung, aber nur mit Maske.*

Sie berufen sich auf eine Freiheit, die sie aus ihrem normalen Leben kennen. Sie sehen in ihrem Alltag, der ihnen vorgegeben ist, und in den Notwendigkeiten, denen sie unterworfen sind, den Inbegriff der Freiheit. Unfreiheit, Einschränkung der Freiheit fängt für sie da an, wo ihnen das Tragen einer Maske auferlegt wird. Als „Argument“ verweisen sie auf ihr Freiheitsrecht, das sie in ihren Augen berechtigt, sich nicht von oben vorschreiben lassen zu müssen, wann und wo sie eine Schutzmaske zu tragen haben. Der Text erlaubt sich den Hinweis, wie unvernünftig dies der Sache nach ist. Der Witz ist, dass die staatliche Maskenpflicht für etwas anderes steht. Sie nehmen sie als unzulässige Einmischung des Staates. (Man lässt sich ja vieles im normalen Alltagsleben vorschreiben, aber das geht jetzt doch endgültig zu weit.) Deshalb ist das erste Argument nicht die Differenz in der Sache, sondern dass man gegängelt wird und eine Maske aufziehen soll und dass schließlich auch noch verboten wird, zu demonstrieren und seine Meinung – ohne Maske – zu äußern.

— *Ihre Kritik läuft wohl letztlich darauf hinaus. Wenn man ihre Kritik aber auf diesen letzten Zipfel reduziert, wird man ihnen nicht gerecht. Diese Leute halten nichts von dem Tragen eines Mundschutzes und sie beurteilen die „sog. Coronalüge“ auch als eine Attacke des Staates auf seine Bürger.*

Dass sie bei ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit demonstrativ staatliche Vorgaben missachten, ist ein Hinweis darauf, dass *sie* den Gegensatz zum Staat darauf *zuspitzen*, dass er ihnen die Freiheitsrechte verweigert, die er ihnen generell gewährt. Der Artikel handelt vom staatlichen Umgang mit Kritik in dieser Frage und dafür muss man nicht ausführlich auf die Theorien der Coronaleugner eingehen.

*

— Im 2. Absatz (S. 108) geht es um die Legitimation der staatlichen Vorschriften. Da dient ihnen erstens *die Wissenschaft als Berufungstitel*. Sie ist nicht der Maßstab, nach dem sie sich richten, sie verleiht vielmehr „der Exekution politischer Gewalt den Anschein von Rationalität“ (S.108). Als nächstes wird *Selbstkritik als Mittel der Rechtfertigung* besprochen. Die Selbstkritik besteht darin, dass die Politiker zugeben, bei ihren Entscheidungen und deren Durchsetzung nicht immer die nötige Transparenz gezeigt zu haben. Sie zeigen Verständnis für den Unmut, der sich daran entzündet, dass sie ihre Entscheidungen, die zweifelsfrei richtig sind, dem Volk nicht ausreichend verständlich gemacht haben. Sie benennen keinen Fehler, der gemacht wurde, sondern beharren darauf, dass ihr Handeln richtig war. Das ist der Witz, so geht die Politik mit Kritik an ihren Entscheidungen um. Der *dritte Berufungstitel ist der Hinweis auf die schwierige Situation*, die den Politikern harte Entscheidungen abverlangt. Die Schwere der Verantwortung, die sie tragen, soll von der Bevölkerung mit Verständnis für die verordneten Einschränkungen honoriert werden. Die Verschiebung liegt darin, dass keine Auseinandersetzung über Sachfragen stattfindet, sondern darüber, *wie* das Regieren, an dessen Richtigkeit kein Zweifel zugelassen wird, den Leuten so *nahegebracht* wird, dass diese sich dahinter stellen. Die Selbstkritik,

schlecht kommuniziert zu haben, beweist die Richtigkeit und Glaubwürdigkeit ihrer Politik.

— *Merkels Entschuldigung bezüglich der falschen Entscheidung beim 5-Tages-Lockdown vor Ostern nimmt Bezug auf diese Punkte: Sie fordert beim Bürger Verständnis für die Politik ein und ihr Eingeständnis, schlecht kommuniziert zu haben, bestätigt, dass sie in der Sache richtig liegt.*

Was im Artikel bezüglich „Selbstkritik“ gemeint ist, ist etwas anderes als die Entschuldigung von Merkel. Sie hat in der Nacht eine Entscheidung getroffen und am nächsten Morgen festgestellt, dass diese Entscheidung nicht praktikabel ist und sie daraufhin wieder zurückgenommen. Dafür hat sie sich entschuldigt.

— *Merkel hat bemerkt, dass das demokratische Procedere nicht geklappt hat. Die Entschuldigung soll das angekratzte Vertrauen der Bürger wiederherstellen. Was ist daran falsch?*

Erstens stimmt es nicht, dass das demokratische Procedere nicht funktioniert hat, und zweitens ist nicht erkennbar, dass das Vertrauen des Volkes in die Kanzlerin irgendwie beschädigt wurde. Merkel hat gemerkt, dass ihr Vorhaben nicht realisierbar war. Für diesen Fehler hat sie sich entschuldigt. Dabei ist als Beurteilungsmaßstab unterstellt, dass die Bürger von den Politikern zu Recht erwarten dürfen, dass diese ihre Entscheidungen auch erfolgreich durchsetzen. Wo ist da das Vertrauen erschüttert? Merkel hat sich beim Volk dafür entschuldigt, dass sie sich etwas vorgenommen hat, das sie nicht durchsetzen konnte. Das darf einem Politiker nicht passieren.

— *Dabei hat sie darauf verwiesen, dass sie als Kanzlerin ihrem Amt dadurch gerecht werden will, dass das Volk keine Zweifel in sie haben kann. Um dies zu bekräftigen, entschuldigt sie sich dafür, dass sie Unsicherheit im Volk gestiftet hat, unabhängig davon, ob dies nur eine vermutete oder reale Konsequenz ist. Sie hat mit ihrem Kniefall beabsichtigt, das Vertrauen im Volk wiederherzustellen (oder aufrecht zu erhalten). Sie will bezeugen, dass sie ihr Amt absolut verantwortungsvoll ausübt und dass sich das Volk darauf verlassen kann. In der Demokratie ist es ungewöhnlich, dass sich ein Politiker für Maßnahmen entschuldigt mit dem Verweis, das Volk sei möglicherweise dadurch verunsichert worden. Merkel geht es mit ihrer Entschuldigung um eine Selbstinszenierung. Im Text geht es darum, wie die Regierung mit Kritik umgeht und wie billig das zu haben ist.*

Merkel hat einen Fehler zugegeben und gleichzeitig festgehalten, dass ihre Intention inhaltlich richtig war und der Fehler darin bestand, dass sie mit dem Vorhaben gescheitert ist. Darin ist auch enthalten, sie könnte die Leute verunsichert haben. Dadurch, dass sie ihren Fehler eingestanden hat, was von allen Seiten als Größe und Demut belobigt wurde, hat sie ihre Glaubwürdigkeit wiedererlangt und bewiesen, dass sie ihr Amt zu Recht innehat.

— *Man bedient das Volk in seinem Bedürfnis, souverän regiert zu werden und dazu passt Selbstkritik.*

Die Betonung liegt darauf, wie billig die Politik mit der an ihr geäußerten Kritik fertig wird. An der Sache ist nichts zu kritisieren, wenn überhaupt, dann nur daran, dass sie nicht verständlich genug kommuniziert wurde. In diesem Sinne gelobt die Politik Besserung.

*

Beim nächsten Mal, am 26.04.2021, werden, falls gewünscht, anhand des Protokolls zum letzten Punkt und zu den restlichen Punkten des Artikels „Deutschland im Winter-Lockdown“ Nachträge gemacht. Die nachfolgenden Themen werden auf der Website des Gegenstandspunkts bekannt gegeben. (Vorgeschlagen wurden die Artikel „Anti-“ gegen „Rassisten“ und danach „Klimaschutzprogramm 2030“ in GS 1-21)